

VOLKS-TRIBÜNE.

Social-Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 50 Pfg. pränumerando (frei ins Haus). — Einzelne Nummer 15 Pfg. Durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. (Preis vierteljährlich 1 M. 50 Pfg.; eingetragen unter Nr. 867 der Zeitungspreislifte für das Jahr 1889.)

Redaktion und Expedition:
S. O. (26). Oranien-Strasse 23.

Inserate werden die 4spaltige Petit-Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Vereins-Anzeigen: 15 Pfg. Arbeitsmarkt: 10 Pfg. — Inseraten-Aannahme in der Expedition: Oranien-Strasse 23.

Ausgabe für Expediteure:
„Volkblatt“ Zimmer-Strasse 44.

Nr. 51.

Sonnabend, den 21. Dezember 1889.

III. Jahrgang.

Regen wir es zu dem Uebrigen. — Politische Uebersicht. — Schutz vor sozialistischer Ausbreitung. — Zur Achtstundebewegung in England. II. — Herzka's Freiland. — Anzengruber.

Gedicht von Arno Holz. — Novelle von Mackay. (Schluß). — Wohlfahrtseinrichtungen. — Schnitzel. — Verbannung in Rußland und Ausweisung in Deutschland. — Zur Handlungsgehilfenbewegung in England. — Der nächste Maurerkongress.

Arbeiter und Parteigenossen!

Tretet beim bevorstehenden Jahreswechsel eifrig für die Verbreitung der „Berliner Volks-Tribüne“ und der „Berliner Arbeiter-Bibliothek“ ein.

Regen wir es zu dem Uebrigen!

Ein Leitartikel des Leipziger „Wähler“ und der „Thüringer Tribüne“ — der zweifellos nicht von den uns befreundeten Redaktionen ausging — hatte die Berliner Stadtverordnetenwahlen behandelt und dabei folgende Wendungen über die Genossen gebraucht, welche seinerzeit für eine Protestagitation gegen die preussische Klassenwahl eingetreten waren, weil sie diesen politischen Kampf für viel bedeutungsvoller hielten als die Agitation für kleine kommunale Forderungen, wie sie innerhalb der durch die Bourgeois-Reichs- und Landesgesetzgebung festgelegten Grenzen der kommunalen Befugnisse allenfalls erhoben werden können:

Ein paar anarchisierende „Radikale“ welche sich aus prinzipiellen Gründen gegen die Beteiligung erklärten, und die Zweckmäßigkeit des Wählens überhaupt leugneten (wo ist das geschehen?), wurden sehr bald beiseite geschoben.

Die Berliner Arbeiter, wie die deutschen Arbeiter im Allgemeinen, lassen sich durch windige Krastphrasen gegen den Parlamentarismus (von wem sind diese ausgegangen?), nicht zu einer Politik des politischen Nichtsthuns (wer hat das befürwortet?) verleiten. Sie wissen, daß die Wahlagitation und die parlamentarische Thätigkeit den deutschen Arbeitern als Klasse großartige Erfolge gebracht haben, um welche die zielbewusste Arbeiterschaft aller übrigen Länder sie beneidet. Sie wissen, daß der Rath, auf diese so wirksamen Waffen zu verzichten, nur entweder einem Wirklosse oder von einem Agenten der Reaktion ausgehen kann — und hält der Rath sich auch in eine noch so radikale Motivierung.

Vor einigen Tagen gab nun der Verfasser des Artikels — hoffentlich dem eigenen Anstandstriebe und nicht fremder Nothwendigkeit gehorchend — folgende Erklärung im „Wähler“ ab (in der „Thüringer Tribüne“ vermochten wir sie noch nicht zu finden):

Unser neuerlicher Artikel über die Berliner Stadtverordnetenwahlen ist, wie uns mitgetheilt wird, von einigen Gegnern der Beteiligung an den Stadtverordnetenwahlen in Berlin so aufgefaßt worden, als hätten wir die Bewegung gegen die Beteiligung für ein Mandat der Reaktion erklärt. Wer unseren Artikel genau durchliest, wird die Unrichtigkeit dieser Auffassung sofort erkennen; wir halten es aber trotzdem für unsere Pflicht, noch ausdrücklich festzustellen, daß jede derartige Absicht uns fern gelegen hat

Wir müssen unseren Lesern den Versuch überlassen, die beiden abgedruckten Stellen mit einander in Einklang zu bringen.

Wir für unsere Person betrachten ihn als aussichtslos und begnügen uns daher damit, beide Aeußerungen — zu dem Uebrigen zu legen.

Wir verfügen in Deutschland für unsere Bewegung leider über keine rednerisch und publizistisch gleich hervorragende Kraft wie die eines Guésde in Frankreich; dafür regen sich aber, wie es scheint, bei uns überall Talente à la Protot.

Politische Uebersicht.

× Die Bergarbeiter in dem rheinisch-westfälischen Kohlenbezirk scheinen mit ihrer Agitation für Aufhebung der Sperre einen ziemlich durchgreifenden Erfolg

gewonnen zu haben. Ob sich derselbe als dauernd herausstellt, wird abzuwarten sein.

Inzwischen ist die Bewegung auch auf dem linken Rheinufer in den fiskalischen Gruben des Saargebietes zum Ausbruch gekommen. Die Bergleute fordern dort eine achtstündige Schicht und die Wiederanstellung ihrer gemahregelten Kollegen. Theils sind sie schon in den Streik eingetreten, theils nehmen sie noch eine abwartende Stellung ein. Wie sich die Lage weiter entwickeln wird, hängt ausschließlich von dem Verhalten der staatlichen Bergbehörden ab.

Die Abneigung gegen alle weitergehenden Zugeständnisse an die Arbeiter scheint bei ihnen übrigens noch stärker als bei den Besitzern der in privater Verwaltung befindlichen Gruben Rheinlands-Westfalens zu sein.

Es kann daher nicht Wunder nehmen, wenn die Grubenarbeiter gegen diese Behörden das äußerste Mißtrauen empfinden. Sie sagen, wie der Berichterstatter eines freisinnigen Blattes hervorhebt: Wir glauben keinem Berghauptmann und keinem Minister; nach allem, was wir erlebt haben, wollen wir die Versprechungen schwarz auf weiß haben.

Kann einem Staate, der sich so pomphaft seiner Sozialreform rühmt, ein schlechteres Zeugniß ausgestellt werden, als dieses Mißtrauen der ihm unmittelbar unterstellten Arbeiter? Jene Sozialreform hat doch im Sinne der Regierung keinen anderen Zweck, als die Arbeiter aus der Opposition in das reichsfreundliche Lager herüberzuführen. Sie soll, wie es Bismarck wiederholt erklärt hat, die positive Ergänzung zum Sozialistengesetze bilden. Mit diesem will man den Belzebub des oppositionellen Geistes aus der Arbeiterschaft gewaltsam heraustreiben, mit der Sozialreform den neuen regierungsfreundlichen patriotischen Dustergeist ihr einpflanzen. Angenommen einmal, aber nicht zugegeben, daß von der Regierung verfolgte Ziel sei überhaupt erreichbar, so steht doch so viel fest, daß es auf dem bisher eingeschlagenen Wege unmöglich erreicht werden kann. Der Satz, daß wer den Zweck wolle, auch die Mittel wolle, gilt ja nicht nur für den beschränkten Unterthanenverstand, sondern ebenso, sollte man meinen, für die hohe Obrigkeit. Aber im neuen deutschen Reiche scheint man anderer Meinung zu sein. Man wünscht die Gunst der Arbeiter zu erwerben, aber man thut alles, was in ihnen Haß erregen muß. Das Verhalten der Regierung erinnert an eine Anekdote, die vom Vater Friedrichs des Großen erzählt wird. Dieser alte tyrannische Herr sah, wie ein Bürger, der ihn erblickte, eiligst die Flucht ergriff. Sofort war er hinter ihm her und brachte ihn endlich zum Stehen. Warum ist er, so donnerte der König den armen Menschen an, vor mir ausgerissen? Ich fürchtete mich so, brachte der Stotternd hervor. Ihr sollt mich aber lieben, ihr Schufte, und mit diesen Worten prügelte Seine Majestät allerhöchste Selbst auf den Gegenstand Ihres höchsten Unwillens ein.

Die deutschen Arbeiter haben ihre Forderungen in betreff des Arbeiterschutzes klar ausgesprochen, sogar der Kartellreichstag hat einem Theile derselben zugestimmt, aber der hohen Regierung fällt es nicht im Traume ein, diesen Beschluß zum Gesetze zu erheben. Dahingegen beglückte man die Arbeiter mit einer außerordentlich komplizierten Versicherungsgesetzgebung, nach welcher sie durchaus nicht verlangt hatten. Außerdem wurde man nicht müde, ihnen die empfindlichsten Steuern im Interesse des Großgrundbesitzes aufzuerlegen und ihre Koalitionsfreiheit nach Möglichkeit einzuschränken. Kurz man prügelte den Proletarier nach Herzenslust und verlangte dabei als schließliche Gegenleistung seine Liebe. Und in dieses schöne System paßt auch die Wirtschaft auf den Kohlengruben des Fiskus ganz vortrefflich. Während man kein Bedenken trug, durch die Schutzölle die Wirkungen der freien Konkurrenz zu gunsten des Geldsacks aufzuheben, hütete man sich ängstlich, den vom Staate angestellten Arbeitern auch nur eine Kleinigkeit mehr zuzugestehen, als eben unter dem Drucke der Konkurrenz absolut nothwendig war.

Und nun, da die Erbitterung gegen dies christlich-germanische Verfahren so stark anschwillt, daß das Prole-

tariat der Gruben sich von neuem zum Streike rüstet, sucht man ihm auch die letzte Waffe gegen die Uebermacht des privaten und staatlichen Kapitals aus der Hand zu winden. Nicht nur, daß durch landrätthlich-polizeilichen Einfluß die Wirthe eingeschüchtert werden, damit sie ihre Lokale für keine Arbeiterversammlung hergeben, nein, man beginnt schon, auch den funkelneuen Entschaid des Reichsgerichtes im Lohnkampfe gegen die Arbeiter auszubenten. Ein Berghauptmann Brassert weist in seinem an die Grubenleute gerichteten Erlasse darauf hin, daß auf Grund jenes Entschaides die öffentliche Aufforderung zum Streik ohne Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist mit einer Geldstrafe bis zu 600 M. oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft wird.

Das Reichsgericht behauptet nämlich, daß derjenige, welcher ohne sich an die Kündigungsfrist zu binden, die Arbeit niederlegt, seinem Kontrakt und damit zugleich einem Paragraphen des preussischen Landrechtes, der das Einhalten aller Kontrakte den Bürgern anbefiehlt, zuwiderhandle. Wer also für den Streik öffentlich agitire, der verleite die Bürger zur Verletzung eines Gesetzes, zum Widerstande gegen die Staatsgewalt. Eben deshalb sei er auf Grund des deutschen Strafgesetzbuches, welches jeden öffentlichen Aufruf zum Ungehorsam gegen die Gesetze mit Geld oder Gefängniß strafe, zu belangen.

Diese Auslegung ist geradezu unerhört und wird sogar von konservativen Zeitungen angefochten.

Einen Erfolg werden die Juristen mit ihrer neuesten staatsrechtlichen Entdeckung natürlich auch nicht haben, die Aufforderungen zum Streik, die früher öffentlich ausgesprochen wurden, wird man jetzt im Geheimen verbreiten, das ist alles. Oder auch nicht alles. Denn ein solches Vorgehen wird auch den letzten Rest von Vertrauen, welchen die Arbeiter der Rechtsprechung des Klassenstaates etwa noch entgegenbrachten, von Grund aus zerstören.

Die rheinischen Grubenleute, welche noch vor einigen Tagen in ihren Versammlungen die Bergwerksbesitzer auf Geheimbündelei verklagen wollten, weil sie geheime Abmachungen betreffs der Aussperrung mißliebiger Arbeiter unter einander eingegangen wären, dürften z. B. über den Erfolg einer derartigen Klage schon jetzt sehr viel nüchterner denken. Der Bochumer Staatsanwalt hat es unternommen, ihnen die Aufgaben der Justiz etwas deutlicher vor die Augen zu rücken; er hat nämlich die Polizeiverwaltungen darüber verständigt, daß, sobald die Arbeiter durch Androhung von Streiks eine Arbeitersperre zu beseitigen versuchen, ein solches Vorgehen als Erpressung im Sinne des Strafgesetzbuches zu verfolgen sei. Ein tiefer Gebante, der das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft grell beleuchtet! Nach der Auffassung des Herrn Staatsanwaltes haben die Fabrikanten ein heiliges unantastbares Recht, jederzeit aus der Arbeitskraft des Proletariats soviel Mehrwerth herauszupressen, als ihnen beliebt. Droht dieser, er werde sich ihrem Preßverfahren eine Zeitlang entziehen, wenn nicht die und die Bedingungen von den Fabrikanten erfüllt werden, so ist er, der Ausgepreßte, auf einmal selber zum „Erpresser“ geworden. Denn der Arbeiter hat offenbar keine Ansprüche an den „Arbeitgeber“ zu stellen, dieser aber besitzt dem Arbeiter gegenüber das hohe, unveräußerliche Recht auf Mehrwerth. Wir können mit den Herren, welche die Klassengegensätze in so helles Licht setzen, schon zufrieden sein.

In der Begründung des Erlasses heißt es, kein Arbeiter habe einen rechtlichen Anspruch, zur Beschäftigung auf einer Jede zugelassen zu werden. Man wolle also, indem man gegen die Arbeitersperre auf dem Wege des Streiks vorgehe, durch Androhung eines Uebels (denn das ist der Streik für den Unternehmer) seinen Kameraden einen „rechtswidrigen Vermögensvorteil“ verschaffen. Sollte diese ungläubliche Debitation von den Juristen als richtig anerkannt werden, so wird man darin vielleicht eine Vorbereitung zu einem gerichtlichen Feldzuge gegen die Streiks überhaupt zu erblicken haben. Denn ebensowenig wie der Arbeiter einen rechtlichen Anspruch auf die Beseitigung der Sperre, ebensowenig hat er einen rechtlichen

diese Maßregel einzuführen, falls ihre Konkurrenten das Gleiche thun.

Die traurigsten Löhne werden gerade dem englischen Geschäftspersonal gezahlt. Wochenlohn von 10 Schilling und weniger ist etwas ganz gewöhnliches. Die Catered Bread Company z. B., die Hunderte von Läden in London hat, zahlt ihren durchschnittlich 72 Stunden wöchentlich beschäftigten Verkäuferinnen (Sonntags sind alle Läden ausnahmslos in England geschlossen) nicht mehr als 10 Schilling. Schenkermädchen, Verkäuferinnen in Speisehäusern, Restaurants, Thee-, Kaffee-, Kaffeehallen und Brotläden, Wärterinnen in Krankenhäusern, Scheuerfrauen und dergleichen stehen vollständig außerhalb des Fabrikgesetzes und müssen sich notorisch grausam überarbeiten. 16 stündige Beschäftigung täglich findet man bei den Schenkermädchen in den public houses sehr oft. Ebenso ist die Arbeitszeit sämtlicher weiblicher Personen über 18 Jahren in der Hausindustrie ohne die geringste gesetzliche Schranke.

Man sieht, wie gänzlich unzureichend die jetzige Fabrikgesetzgebung ist. Die wundesten Stellen hat sie bis jetzt geflissentlich ignoriert. Ihre nächste Pflicht ist, auch Personen beiderlei Geschlechts über 18 Jahren den gesetzlichen Bestimmungen zu unterwerfen.

Man hört oft genug auf Seiten der Gegner behaupten, daß besonders die Arbeitszeit der erwachsenen männlichen Arbeiter bereits eine sehr geringe ist, nur 9—10 Stunden, ja 8 Stunden täglich vielfach betrage.

Es ist wahr, in verschiedenen großen Arbeitszweigen, zum Beispiel bei den Maschinenbauern, Tischlern, Zimmerleuten, Maurern besteht ein Arbeitstag von 9 Stunden; außerdem in einigen Zweigen, in welchen sich besonders starke Trade Unions eine dominierende Stellung gegenüber den Arbeitgebern erkämpft haben. Aber dieser Neunstundentag ist nicht gesetzlich normiert und besteht daher in Wirklichkeit nur nominell. Keine einzige Trade Union hat bis jetzt etwa ihre Mitglieder dazu verpflichtet, nicht mehr als 9 Stunden täglich zu arbeiten. Im Gegenteil. Ueberseitarbeit bildet in allen diesen Unions der skilled (gelernten) Arbeiter die Regel. Wie es in Wirklichkeit um den sogenannten Neunstundentag bestellt ist, werden wir später noch näher sehen, ganz abgesehen davon, daß überhaupt nur in einigen wenigen Arbeitszweigen von ihm die Rede sein kann.

Bei weitem in den meisten Arbeitszweigen, namentlich in den nicht gewerkschaftlich organisierten, ist der Arbeiter vollständig der Willkür der Kapitalisten überlassen. Man hört hier wie überall, wo man die Beschränkung der Arbeitszeit erwachsener Männer durch die Gesetzgebung fordert, den entrüsteten Ruf, daß man sich vermesse wolle, die geweihte Freiheit des Individuums anzugreifen. Man weiß ja längst, welche Sorte Freiheit dies ist; es ist die Ausbeutungsfreiheit: die Freiheit, den Arbeiter 14, 16 und mehr Stunden bis zur Erschöpfung abzuradern. Welche Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit wäre es, wenn man die Arbeiter daran hindern wollte.

Dies System der Abradierung ist in England noch heute verbreiteter, als man im allgemeinen vermuthen sollte. Wir wollen nur einige Daten hersehen. Ueber die auf den englischen Eisenbahnen beschäftigten Arbeiter berichtet der letzte offizielle Parlaments-Report, daß während eines Monats **252 209 Arbeiter täglich 13 Stunden, 160 123 Arbeiter täglich 14 Stunden, 110 190 täglich 15 Stunden, 57 835 täglich 16 Stunden, 27 066 täglich 17 Stunden und 25 525 täglich 18 Stunden und mehr** (upwards) beschäftigt wurden. Auf der Great Northern Railway sind 14—15 Stunden die durchschnittliche Arbeitszeit und in den Sommermonaten noch viel mehr; dabei ist gerade bei dieser Eisenbahngesellschaft ein außerordentlich rigoroses System von Geldstrafen in Geltung. Durchschnittslohn: 21 Schilling. Dienstzeit von 24—30 Stunden hintereinander kommt immer noch sehr häufig vor. Die Gepäckträger auf den Eisenbahnen wechseln sich nominell in Arbeitsschichten von je 12 Stunden ab; in Wirklichkeit greifen ihre Arbeitsschichten Stunden lang übereinander. In den Arbeitszweigen, in denen das Sweating-System grassirt, werden notorisch viel Stunden gearbeitet; 15—16 Stunden täglich ist etwas sehr häufiges. Für die Ostend-Schneider, die sich jetzt den zwölfstündigen Normalarbeitstag erkämpft haben, war eine Arbeitszeit von 16 Stunden die durchschnittliche. Nicht viel besser erging es den Bäckern, die jetzt eben erst den Zehnstundentag durch die bloße Drohung des Streiks erhalten haben. Auch für die englischen Kellner sowohl in den großen Restaurants und Speisehotels als auch in den Public Houses ist die Arbeitszeit 16 Stunden und mehr. Die deutschen Kellner, welche in einer starken Union mit beträchtlichen Mitteln organisiert sind, haben dagegen meist durchaus nicht unter einer gleich übermäßigen Arbeitszeit zu leiden.

In einer wahrhaft himmelschreienden Lage finden sich namentlich die beim Droschken-, Omnibus- und Pferdebahnwesen Beschäftigten. 14—16 Stunden täglich ist ihre gewöhnliche Arbeitszeit, und 17, 18 und selbst 19 Stunden täglich ist keine Seltenheit. Gegenwärtig sind diese Leute in eine äußerst rege Bewegung eingetreten. Eine Union ist bereits gegründet und der unvermeidliche John Burns ist wieder an der Spitze. Sie fordern einen Zwölfstundentag und werden ihn bald erobert haben. Ferner finden wir in unzähligen anderen Arbeitszweigen übermäßig hohe Arbeitszeit, besonders in allen denen, wo keine Kinder und Frauen beschäftigt werden. Dort ist die Freiheit der Ausbeutung eine ungezügelt. Aber der Ruf nach Beschränkung der Arbeitszeit wird auch dort immer vernehmlicher. Welch geringes Schätzungsvermögen ihrer eigenen goldenen „Freiheit“ doch diese Leute besitzen müssen, daß

sie sich freiwillig, aus eigenem Antrieb unter das Joch von gesetzlichen Zwangsbestimmungen begeben wollen, welche die Arbeitszeit beschränken!

„Freiland“ von Theodor Herzka.

I. Herzka als Nationalökonom.

× Das Herzka'sche Buch „Freiland“ reiht sich als neuestes Erzeugniß den vielen Utopien und Zukunftsbildern an, welche phantastische Menschenfreunde seit Thomas More's geschrieben. Der Verfasser, welcher lange Jahre in der liberalen Journalistik thätig war, verfügt über eine gewandte Feder. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß sein Werk in weitere Kreise dringt. Wir Sozialisten haben daher wohl Veranlassung uns mit dem Herrn Verfasser, der im Besitze einer funkelnden Lösung der sozialen Frage zu sein behauptet, ein wenig auseinanderzusetzen und unsere Stellung zu der von ihm vorgeschlagenen gesellschaftlichen Wandlung zu präzisieren.

Wer den ökonomischen Mechanismus verbessern will, und das ist selbstverständlich auch Herzka's Absicht, der muß fürs erste die Gesetze des gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftslebens aufs Gründlichste kennen. Die richtige Erkenntniß dessen, was gegenwärtig das soziale Elend hervorbringt, muß allen Reformplänen ebenso vorgehen, wie die Diagnose des Arztes seinem Heilverfahren.

Bevor wir in die Besprechung des von Herzka entworfenen Zukunftsbildes eintreten, werden wir deshalb seine auf die gegenwärtige Gesellschaft bezüglichen national-ökonomischen Ansichten zu prüfen haben. Zeigt es sich, daß dieselben falsch und oberflächlich sind, so wird man schon im Voraus seine positiven Reformvorschläge als utopisch beargwöhnen dürfen.

Seine ökonomischen Theorien hat der Verfasser in einem ausführlichen Vorworte zu „Freiland“ zusammengefaßt. Als Grundproblem der gesamten Nationalökonomie bezeichnet er dort die Frage: Warum werden wir nicht reicher nach Maßgabe unserer Fähigkeit, Reichtum zu erzeugen? Es läßt sich aber absolut nicht einsehen, warum nicht ebensogut eine andere Frage mit gleichem Rechte als Grundproblem bezeichnet werden könnte. Die Frage, warum das Kapital ohne Arbeit des Kapitalisten sich von selbst vermehrt, oder die Frage, warum trotz steigenden Nationalreichtums der Arbeitslohn immer auf demselben niedrigen Niveau verharrt, stehen mindestens ebenso sehr im Mittelpunkt jeder ökonomischen Wissenschaft wie das von Herzka ganz willkürlich herausgegriffene Problem.

Wir würden die Herzka'sche Ansicht von dem ökonomischen Grundproblem nicht erwähnt haben, wenn sie nicht für den Standpunkt des Verfassers, der sich nur im Vorhof der ökonomischen Wissenschaft umsieht, so charakteristisch wäre. Hätte Herzka sich tiefer in Smith, Ricardo und Marx hineingedacht, so hätte ihm nicht entgehen können, daß weder die von ihm ausgeworfene Frage noch andere derselben Art, wie wir eben einige anführten, das Grundrathel der modernen Nationalökonomie enthalten. Das wirkliche Problem, dessen Lösung allein den Schlüssel zu allen übrigen Wirtschaftspragen bietet, ist der Tauschwerth. Welchen Punkt des ökonomischen Mechanismus man auch immer betrachten mag, mit logischer Nothwendigkeit wird man überall auf den Tauschwerth, als die letzte Frage, zurückgeführt. Erst wenn man weiß, wodurch dieser bestimmt wird, kann man sich an die Erklärung wirtschaftlicher Erscheinungen der Gegenwart heranwagen.

Nehmen wir z. B. die Frage, welche Herr Herzka als das Grundproblem der Nationalökonomie zu bezeichnen beliebt: Warum werden wir nicht reicher nach Maßgabe unserer Fähigkeit, Reichtum zu erzeugen? Will man sie beantworten, so muß man zuerst wissen, was man unter Reichtum versteht, ob die Summe der produzierten Gebrauchswerte oder den Tauschwerth dieser Summe. Sofort ist man bei der alten Frage, was der Tauschwerth sei, durch welches Gesetz er bestimmt werde, angelangt. — Ober halten wir uns einmal an die Antwort, welche Herr Herzka naiver Weise als Erster auf jene Frage gefunden zu haben meint. Der Reichtum, so verkündet er, steige deshalb langsamer als unsere Produktionsfähigkeit, weil unter der Herrschaft der freien Konkurrenz stets nur soviel Güter erzeugt würden, als sich auf dem Markte loszuschlagen ließen. Die Masse der loszuschlagenden Güter hänge aber von der Geldsumme ab, welche die Gesamtheit der Konsumenten im Güterankauf verausgabt.

Deßhalb nun, weil der größte Theil der Konsumenten, die Arbeiterschaft, unter dem Druck kapitalistischer Ausbeutung heute so wenig Geld in Lohnform erhalte, und weil ferner die Fabrikanten nur mit einem geringen Theile ihrer Kiefereinnahmen als Konsumenten auftreten, deßhalb könne die Konsumnachfrage und folglich auch die Produktion heute nur langsam wachsen, während die Technik unsere Produktionsfähigkeit in zauberhafter Eile von Tag zu Tage vermehrt.

Aber warum erhält die Arbeiterschaft einen so geringen Lohn? Zu dieser Frage muß doch der Verfasser fortschreiten. Und sofort sind wir wieder bei dem Problem des Tauschwerthes angelangt. Denn der Lohn ist nichts anderes als der Preis, welchen der Kapitalist für die Arbeitskraft, die einzige Waare, über welche der Arbeiter verfügen kann, zahlt. Will ich wissen, warum der Lohn trotz des mächtig wachsenden Reichtums dennoch konstant bleibt, und warum in Folge dessen die Hauptmasse der Konsumenten keine genügende Nachfrage erheben kann, so habe ich zuerst zu erforschen, wodurch der Tauschwerth der Arbeitskraft bestimmt wird. Ueberall sieht man so auf

dies Problem des Tauschwerthes, wo immer auch die Betrachtung einsetzen mag.

Herr Herzka verkennt aber nicht nur die grundlegende Bedeutung der Werththeorie für die ökonomische Wissenschaft, er macht auch die trauösesten Fehlschlüsse, sobald er irgendwo auf diese Theorie zu sprechen kommt, Fehlschlüsse, welche keinen Zweifel darüber lassen, daß er sich, wie ich schon einmal sagte, nur in dem Vorhofe der politischen Ökonomie umgesehen hat. Geradezu possierlich wirkt es, wenn er Marx als einen zwar bedeutenden, aber doch noch immer in Unklarheit befangenen Vorläufer seiner selbst behandelt. Und dabei hat der Herr von der Marx'schen Werththeorie, wie sich schlagend nachweisen läßt, nicht einmal das verstanden, was heute schon unter den breiten Massen der „ungebildeten“ Arbeiter Gemeinplatz geworden.

Im 18. Kapitel seines Buches ist z. B. die Rede davon, wie der Tauschwerth der in Freiland produzierten Waaren zu messen sei. Der Direktor des Freiländischen Bankinstituts läßt sich bei dieser Gelegenheit, unmissverständlich ganz im Sinne des Verfassers, also vernehmen: Nicht die Arbeit ist alleinige Quelle des Werthes, trotzdem die meisten Sozialisten diesen Irrthum der sogenannten klassischen Nationalökonomie zur Grundlage ihrer Forderungen machten (!). Wenn aller Werth aus Arbeit und nur aus Arbeit hervorginge, dann wäre ja auch in der alten ausbeuterischen Welt alles zum Besten für die Arbeiter bestellt, denn über ihre Arbeitskraft verfügen diese auch dort. (!)

Wenn der große Ueberwinder von Marx die Werke des Ueberwundenen etwas gründlicher gelesen hätte, so würde er über die in diesen Sätzen niedergelegte Unkenntniß erschrecken müssen. Eins der bekanntesten Resultate des Marx'schen „Kapital“ ist dieses, daß eben weil der Werth aller Waaren durch die zu ihrer Produktion nothwendige Arbeitszeit bestimmt wird, der Arbeitslohn sich nie über das sog. Existenzminimum erheben kann. Denn dies Existenzminimum enthält die Waaren und nur die Waaren, welche zur Lebensfristung und Fortpflanzung nothwendig sind. Die Waaren, welche derart zur Erhaltung der Arbeitskraft wirtschaftlich erforderlich werden, bilden aber die Produktionskosten derselben. Daß der Arbeiter in Lohnform nur einen Theil des von ihm tagüber produzierten Werthes, nämlich soviel, als die Produktionskosten seiner Arbeitskraft betragen, empfängt, widerspricht also nicht, wie Herr Herzka in der angezogenen Stelle annimmt, dem Ricardo-Marx'schen Werthgesetze, sondern bestätigt dasselbe nur. Eben weil der Werth aller Waaren durch die zu ihrer Produktion erforderliche Arbeitszeit, d. h. durch ihre Produktionskosten normirt wird, ist unter dem Systeme der freien Konkurrenz eine Ausbeutung derer, die nichts als ihre Kraft zu verkaufen haben, möglich, ja nothwendig. Die leichtbeschwingte Phantasie des Herrn Herzka hält sich indeß mit solchen Kleinigkeiten nicht auf. Statt ordentlich Marx zu studiren und an dessen Lehren die eigene Denkkraft langsam heranzubilden, philosophirt er lustig auf eigene Faust drauflos und baut seine utopischen Original-Kartenhäuser, die bei dem ersten kritischen Anstoß in sich zusammenfallen.

Aber auch von jenem Schnitzer abgesehen, was soll das heißen, daß die meisten Sozialisten den Irrthum, die Arbeit sei alleinige Quelle des Werthes, zur Grundlage ihrer Forderungen machen? Das fällt ihnen gar nicht ein, schon deshalb nicht, weil sie ihren Marx gründlicher kennen und aus ihm wissen, daß die Wahrheit, welche Herr Herzka „Irrthum“ zu nennen beliebt, wie alle übrigen ökonomischen Erscheinungen so auch die Niedrigkeit des Arbeitslohnes erklärt. Sie wissen, daß die Forderung nach dem ganzen und vollen Ertrage ihrer Arbeit, weit entfernt eine Konsequenz des Werthgesetzes zu sein, vielmehr erst durch die Aufhebung dieses Gesetzes, durch Beseitigung der freien Konkurrenz und sozialistische Organisation der Arbeit erfüllt werden kann. Der Irrthum, dessen Herr Herzka die Sozialisten zeugt, haftet ihm vielmehr selbst an. Denn er will, wie wir später sehen werden, die freie Konkurrenz und das mit ihr untödtlich verbundene Werthgesetz beibehalten, er träumt aber, alle Verheißungen der Sozialisten auf diesem bürgerlichen Boden verwirklichen zu können. Eben dies, wie so manches Andere charakterisirt ihn als Utopisten.

Wenn der Verfasser die Ricardo-Marx'sche Werththeorie verwirrt, nach welchem Maßstabe gedenkt er denn den Werth, der in seinem utopischen Freiland produzierten Waaren zu messen? Die Antwort, welche er auf diese Frage giebt, ist eben so charakteristisch wie seine Polemik gegen die Arbeit als Werthmaß. „Das möglichst beste, möglichst werthkonstante Maß, heißt es ein paar Seiten weiter, hat die Kulturwelt mit Recht seit jeher im Golde erblickt.“ Als Begründung wird in erster Reihe der Umstand angeführt, daß zwei gleiche Quantitäten Gold keinen Werthunterschied haben. Aber Herr Herzka! Sollte das nicht ebenso auch bei allen anderen Waaren, bei Stiefelwichse, Leinwand, Räden, Uhren u. s. w. der Fall sein? Wie ist es möglich, so etwas zu übersehen!

Die zweite Vortrefflichkeit des Goldes als Werthmaß soll darin bestehen, daß sich in kürzeren Zeiträumen der Goldwerth weniger als der anderer Waaren verändert, eine Weisheit, welche schon dem alten Adam Smith nicht unbekannt war. Vor allen solchen nebensächlichen Erwägungen thäte aber Herzka gut, uns eine Vorstellung davon zu geben, wie er sich die Werthmessung der Waaren durch Gold vorstellt. Sobald man den Ricardo-Marx'schen Standpunkt einnimmt, bietet die Erklärung des Preisphänomens, des Werthausdrucks der Waaren in Gold, nicht die geringste Schwierigkeit. Daß die eine Waare soviel, die andere soviel Geld kostet, findet dann seinen

